



Nr. 26

18. Juli 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Abschlussbericht der Initiative für einen handlungsfähigen Staat
[Geyer: „Richtige Problembeschreibung, falsche Schlussfolgerungen“](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[Pensionszahlungen: tbb fordert sachliche Diskussion](#)

Schleswig-Holstein

[Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst: Debatte und Maßnahmen dürfen nicht verunsichern](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Knecht: „Öffentlicher Dienst ist die wichtigste Infrastruktur unseres Landes!“](#)

Berlin / Bremen

[dbb Landesbünde betonen Toleranz und Offenheit](#)

Deutscher Philologenverband (DPHV)

[Warnung vor möglichem „Verbundfach Naturwissenschaften“](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Start in die Tarifrunde 2025/2026](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Abschlussbericht der Initiative für einen handlungsfähigen Staat Geyer: „Richtige Problembeschreibung, falsche Schlussfolgerungen“

Die Initiative für einen handlungsfähigen Staat hat ihren Abschlussbericht vorgestellt. Die Vorschläge zur Personalpolitik überzeugen dbb Chef Volker Geyer nicht.

„Wir begrüßen das überparteiliche Interesse und Engagement für einen leistungsstarken Staat. Die Bürgerinnen und Bürger haben berechnete Erwartungen an seine Funktionstüchtigkeit. Der Bericht trägt dazu einige interessante Ideen zusammen. Gerade die Forderung nach einer praxistauglicheren Gesetzgebung oder einer besseren Digitalisierung der Verwaltung können wir nur unterstreichen und entspricht unseren langjährigen Forderungen. Unabhängig davon gilt aber: Der Staat kann nur mit einer aufgabengerechten Personalausstattung erfolgreich sein – und dafür braucht es eine konsequente Aufgabenkritik. Außerdem muss klar sein: Ein Kulturwandel kann nicht von oben verordnet werden. Deshalb müssen die Beschäftigten bei allen Reformen beteiligt werden“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer am 14. Juli 2025.

Enttäuscht zeigte sich Geyer von den Vorschlägen zur Personalpolitik: „Die Analyse, dass demografischer Wandel und Pensionierungswellen in den kommenden Jahren ein riesiges Loch in die Personaldecke reißen und schon heute viele Stellen nicht besetzt werden können, ist wirklich nicht neu. Aber was ist die Konsequenz daraus? Hier gibt es nur die allgemeine Aussage, dass der Staat als Arbeitgeber deutlich attraktiver werden muss, aber zu naheliegende Maßnahmen kann man sich nicht durchringen. Stattdessen wird vorgeschlagen, dass „interne Querwechsler und Seiteneinsteiger von außen“ eingestellt werden sollen. Jede dritte offene Stelle ließe sich angeblich so besetzen. Ich sage: Die Möglichkeiten haben wir doch in weiten Teilen heute schon, aber zu

den aktuellen Konditionen ist der Staat auf dem Arbeitsmarkt oft schlicht nicht konkurrenzfähig. Daher ist die Schlussfolgerung für mich falsch. Da hätte ich mir mindestens einen Satz zu den Dingen gewünscht, die bei Stellenbesetzungen vor allem relevant sind: etwa gute Bezahlung und attraktive Arbeitszeitmodelle.“

Der Vorschlag, dass das neue Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung eine umfassende Zuständigkeit für Personal erhalten soll und die Personalkompetenz der Zentralabteilungen in den einzelnen Bundesbehörden eingeschränkt wird, überzeugt Geyer ebenfalls nicht: „Die Planung des Personalbedarfs zu zentralisieren ist absolut realitätsfern und widerspricht dem Ressortprinzip. Wir reden hier über Vorgänge, die ein hohes Maß an Fachlichkeit erfordern. Was soll denn besser werden, wenn etwa die Personalplanung für die Bundespolizei mit über 55.000 Beschäftigten aus dem fachlich zuständigen Bundesinnenministerium in das neue Digitalministerium wandert, dass von den betroffenen Stellen und Tätigkeiten gar keine Ahnung hat? Gleiches gilt für das Dienstrecht: Das muss beim Bundesinnenministerium bleiben, eine Verlagerung ist nicht sachgerecht! Darüber hinaus wären von all diesen Maßnahmen die Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen berührt, die in keinem Fall hintergangen werden dürfen. Eine grundlegende Aufwertung der Personalentwicklung, verbunden mit einer umfassenden Weiterbildungsoffensive für die Mitarbeitenden, würden wir hingegen begrüßen.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

Pensionszahlungen: tbb fordert sachliche Diskussion

Die Diskussion um die steigenden Pensionsausgaben für Beamtinnen und Beamte in Thüringen wird derzeit von alarmistischen Schlagzeilen dominiert. Solche Darstellungen verzerren jedoch die Realität und ignorieren die strukturellen Grundlagen des Versorgungssystems, mahnt der tbb am 14. Juli 2025.

Mehrere Pressemeldungen würden den Eindruck erwecken, als seien die Pensionsausgaben in Thüringen eine überraschende Verpflichtung, die plötzlich über den Staat hereinbricht. Die Versorgung ist aber kein unerwarteter Kostenfaktor, sondern seit Jahrzehnten Teil des Berufsbeamtentums – abgesichert durch das Grundgesetz und fest einkalkuliert.

Wie der Thüringer Beamtenbund (tbb) klarstellt, hat der Dienstherr bereits mit der Verbeamtung volle Kenntnis über die künftigen Versorgungsverpflichtungen: Es gibt keinen ‚Generationsvertrag‘ wie in der gesetzlichen Rentenversicherung, der auf die Beiträge künftiger Generationen angewiesen ist. Stattdessen garantiert der Staat die Alimentierung seiner Beamtinnen und Beamten und sorgt dafür, dass diese ihren Lebensunterhalt während und nach der aktiven Dienstzeit bestreiten können.

Die steigenden Pensionsausgaben sind demnach keine Überraschung, sondern eine logische Folge der demografischen Entwicklung.

Die Ausgaben steigen, weil mehr Menschen in Pension gehen, nicht weil das System außer Kontrolle gerät. In Thüringen begann die Verbeamtung in nennenswertem Umfang erst Mitte der 1990er Jahre. Daher ist es erwartbar, dass die höchsten Pensionsausgaben zwischen 2035 und 2040 anfallen werden, wenn diese Beamten in den Ruhestand treten.

Statt Alarmismus braucht es laut tbb eine sachliche Diskussion über nachhaltige Finanzierung, generationengerechte Rücklagenbildung und die Achtung verfassungsrechtlich garantierter Ansprüche. Auch der Thüringer Rechnungshof kritisiert, dass das Land bislang kaum finanzielle Vorsorge für die steigenden Pensionsausgaben getroffen hat. Dies ist jedoch weniger ein strukturelles Problem des Versorgungssystems als vielmehr eine Folge politischer Prioritätensetzung. Andere Bundesländer haben durch Pensionsrücklagen vorgesorgt und zeigen, dass eine vorausschauende Haushaltsplanung möglich ist.

Schleswig-Holstein

Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst: Debatte und Maßnahmen dürfen nicht verunsichern

Der dbb sh begrüßt und unterstützt das Anliegen, Verfassungsfeinden keinen Platz im öffentlichen Dienst zu bieten. Einige Diskussionsbeiträge und angedachte Maßnahmen scheinen jedoch überzogen und nicht ausreichend durchdacht.

Wenn dadurch nämlich eine Verunsicherung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Bewerberinnen und Bewerbern und Beschäftigten provoziert wird, dann werde der bei diesem Thema eigentlich vorhandene Konsens beschädigt.

Gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern solle nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Verfassungstreue der Beschäftigten des öffent-

lichen Dienstes grundsätzlich in Frage zu stellen ist und deshalb verschärfte Maßnahmen unumgänglich sind. Ebenso wenig dürfe bei angehenden und vorhandenen Beschäftigten ein mulmiges Gefühl entstehen, weil sie von einer kompletten Durchleuchtung ihres Privatlebens durch den Verfassungsschutz ausgehen müssen.

Zu bedenken sei außerdem, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in aller Regel

nicht nur fest auf dem Boden der Verfassung stehen, sondern vielfach mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur praktischen Wirksamkeit der Verfassung leisten. Dennoch müssen Einzelfälle, in denen das Verhalten nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar ist, identifiziert werden und die notwendigen Maßnahmen auslösen.

Ob dafür die Überprüfung der Mitgliedschaft in einer aktuell legalen Partei einen sinnvollen beziehungsweise rechtssicheren Beitrag leistet, muss bezweifelt werden. Denn allein daraus dürfte sich kein verfassungsfeindliches, mit dem Beamtenverhältnis nicht zu vereinbarendes Verhalten ableiten lassen, so dass eine nur darauf basierende Verweigerung der Einstellung beziehungsweise Entfernung aus dem Dienst aus beamtenrechtlicher Sicht problematisch ist. Deshalb hält es der dbb sh für keine

gute Idee, in Schleswig-Holstein voreilig einem derartigen Beispiel aus Rheinland-Pfalz zu folgen.

Der dbb sh geht aufgrund der vorliegenden Informationen davon aus, dass diese Bedenken seitens der Landesregierung geteilt werden, so dass das angekündigte Gesetzgebungsverfahren, welches unter anderem vor der Einstellung die Regelabfrage beim Verfassungsschutz vorsieht, konstruktiv begleitet wird. „Ein gut gemachtes Gesetz, das auch die Belange der Bewerber und Beschäftigten berücksichtigt, kann einen Beitrag leisten zur Vertrauensbildung in einen zuverlässigen öffentlichen Dienst“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp. Der dbb sh wird stets darauf achten, dass mit Themen wie „Datensensibilität“, „Rücknahme von Ernennungen“ und „Disziplinarverfahren“ sachgerecht umgegangen wird.

Mecklenburg-Vorpommern

Knecht: „Öffentlicher Dienst ist die wichtigste Infrastruktur unseres Landes!“

Mecklenburg-Vorpommern erhält aus dem Sondervermögen des Bundes für Länder und Kommunen rund zwei Milliarden Euro. Davon investiert das Land 600 Millionen Euro gezielt in Schulen, Schulinfrastruktur und Digitalisierung.

„Dieses Sondervermögen wird der Bildung einen dringend benötigten Schub geben und nachhaltig für kommende Generationen wirken – auch wenn diese die kreditfinanzierten Mittel später zurückzahlen müssen“, erklärt der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 16. Juli 2025. „Doch ohne Investitionen geht es nicht. Und eines muss klar sein: Der öffentliche Dienst ist die zentrale Infrastruktur unseres Landes! Umso unverständlicher ist es, dass wir als Interessenvertretung derjenigen, die dieses Infrastrukturpaket umsetzen sollen, nicht gehört werden.“

Der dbb mecklenburg-vorpommern bringt sich aktiv ein, um beim Bürokratieabbau und der Digitalisierung endlich entscheidende Fortschritte zu erzielen. Knecht betont: „Wir fordern seit

Jahren – leider bislang ungehört – eine ehrliche und notwendige Aufgabenkritik. Die Politik muss den Bürgerinnen und Bürgern offen sagen, welche Aufgaben der Staat künftig noch übernehmen kann – und welche nicht.“

In politischen Gesprächen und Stellungnahmen mahnt der dbb m-v auch immer wieder eine klare Strategie für Prozessoptimierung und digitale Transformation an, um die Überlastung der Beschäftigten zu reduzieren. „Wir haben der Staatskanzlei die Einrichtung einer möglichst unabhängigen Stelle vorgeschlagen, die praxisnahe Vorschläge für weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung, klarere Zuständigkeiten und effizientere Strukturen erarbeitet – und deren Umsetzung aktiv begleitet“, so Knecht.

Berlin / Bremen

dbb Landesbünde betonen Toleranz und Offenheit

Der dbb berlin und der dbb bremen stehen für Offenheit und Toleranz. Das haben beide Landesbünde am 17. Juli 2025 betont. Hintergrund sind Aussagen des Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt.

„Ich begrüße die Veröffentlichungen verschiedener Landesverbände der Deutschen Polizeigewerkschaft, die sich – so wie auch der dbb berlin - von den Aussagen ihres Bundesvorsitzenden, Rainer Wendt, distanzieren“, so Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion berlin. Wendt habe „in einem Beitrag für das Magazin „Tichys Einblick“ Aussagen getroffen, die – so muss man die Reaktionen verstehen – viele Kolleginnen und Kollegen, die sich mit queeren Themen identifizieren, dies offensichtlich als ausgrenzend empfunden haben“, heißt es vom dbb berlin weiter.

Der dbb berlin stehe für Offenheit und Toleranz und werde dies mit seinem Info-Stand im 13. Jahr auf dem Lesbisch-Schwulen-Straßenfest in Berlin-Schöneberg am 19./20. Juli 2025 wieder demonstrieren. Fachgewerkschaften des

dbb berlin seien ebenfalls in diesem Jahr wieder dabei. „Ich danke der DPoIG Berlin ganz besonders für ihre klare Position zur Toleranz in Berlin und in der Deutschen Polizeigewerkschaft Berlin“, kommentierte Becker entsprechende Veröffentlichung der DPoIG Berlin.

Olaf Wietschorke, Landesbundvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion bremen, sagte: „Ich begrüße die Veröffentlichungen verschiedener Landesverbände der Deutschen Polizeigewerkschaft, die sich – so wie auch der dbb bremen – von den Aussagen ihres Bundesvorsitzenden, Rainer Wendt, distanzieren. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung und wachsender Gewaltbereitschaft bedanke ich mich ganz besonders bei der DPoIG Bremen für ihre klare Position. Gemeinsam treten wir ein für Demokratie, Pluralismus, Vielfalt, Solidarität, Offenheit, Toleranz und einen respektvollen Umgang miteinander.“

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

Warnung vor möglichem „Verbundfach Naturwissenschaften“

Der DPPhV appelliert eindringlich an die Bildungsministerkonferenz (BMK), Überlegungen zu einem möglichen „Verbundfach Naturwissenschaften“ nicht zu verfolgen.

Ein solches „Verbundfach Naturwissenschaften“ hat keine universitäre Bezugsdisziplin und ist deshalb für Lehrkräfte nicht studierbar. Trotzdem empfiehlt die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SKK) ein solches „Verbundfach Naturwissenschaften“ zur Prüfung, um perspektivisch gegebenenfalls den Fachunterricht in Biologie, Chemie und Physik in der Sekundarstufe I zu ersetzen. Neben dem DPPhV lehnen auch naturwissenschaftliche und naturwissenschaftsdidaktische Verbände und Gesellschaften wie etwa die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) ein „Verbundfach Naturwissenschaften“ ab.

DPPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte am 16. Juli 2025: „Wer auf die Fächer Biologie, Chemie und Physik verzichten will, schafft nicht nur den Bildungsstandort, sondern

auch gleich den Wirtschaftsstandort Deutschland ab! Wo sollen denn die dringend benötigten Fachkräfte der Zukunft herkommen, wenn solider Fachunterricht in der Schule nicht mehr geplant, sondern durch ein sogenanntes ‚Verbundfach‘ ersetzt werden soll? Wir brauchen Profis in einem Fachunterricht, der die solide Basis für die Auseinandersetzung mit fächerübergreifenden, gesellschaftlichen Schlüsselproblemen ist, aber wir können für diese Auseinandersetzung doch nicht auf den zugrunde liegenden Fachunterricht verzichten!“

Fachunterricht ist für den DPPhV fundamental und nicht verhandelbar. Lin-Klitzing: „Es ist unsere tiefste Überzeugung, dass jedes Schulfach eine universitäre Bezugsdisziplin benötigt, um nach deren fachwissenschaftlichem Studium anschließend an der Schule unterrichtet werden zu können. Mit einem ‚Verbundfach

Naturwissenschaften‘ wird der Lehrkräftemangel in naturwissenschaftlichen Fächern kaschiert. Das hilft aber doch den Schülern und Schülerinnen nicht!“

Bereits jetzt wird der naturwissenschaftliche Unterricht häufig von Lehrkräften erteilt, die

nicht in dem jeweiligen Fach ausgebildet sind. Ein „Verbundfach Naturwissenschaften“ würde diese Problematik noch verstärken. Zudem fehlen bislang belastbare empirische Nachweise dafür, dass ein solches Verbundfach zu einem kohärenteren Kompetenzaufbau oder zu besseren Lernergebnissen führen würde.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Start in die Tarifrunde 2025/2026

Die GDL hat am 15. Juli 2025 in Erfurt die Tarifrunde 2025/2026 für die Eisenbahnbranche eröffnet. Zum Auftakt wurde den Arbeitgebern der Wettbewerbsbahnen die zentralen unternehmensübergreifenden Forderungen übermittelt und erste Verständnisfragen beantwortet.

„Nachdem alle maßgeblichen Tarifverträge fristgerecht gekündigt wurden, laufen die Tarifverhandlungen für die Eisenbahnbranche somit in den kommenden Wochen an“, erklärte der GDL-Bundesvorsitzende Mario Reiß.

Die GDL fordert für ihre Mitglieder unter anderem eine Entgeltvolumenerhöhung von acht Prozent, mindestens aber 3,8 Prozent für die Tarifbeschäftigten in den Unternehmen der Eisenbahninfrastruktur- und Eisenbahnverkehrsunternehmen. „Mit den Forderungen will die GDL dauerhaft und nachhaltig die Arbeitsbedingungen in den Eisenbahnberufen fortentwickeln, um dem nach wie vor bestehenden Fachkräftemangel zu begegnen“, so Mario Reiß weiter. „Es gilt, aufgrund der hohen Fluktuation in der gesamten Branche Fachkräfte für das Eisenbahnsystem zu begeistern und zu binden“.

Die GDL fordert in den aktuellen Tarifverhandlungen eine umfassende Verbesserung der Einkommensstruktur für ihre Mitglieder. Im Mittelpunkt steht dabei eine Entgeltvolumenerhöhung von insgesamt acht Prozent, die durch eine Umstrukturierung des Tarifsystems erreicht werden soll. Konkret strebt die GDL die Einführung einer neuen, achten Entgeltstufe an, möchte die Tätigkeit von Ausbildern finanziell attraktiver gestalten und setzt sich für eine Ausbildungsvergütung ein, die mindestens 50 Prozent des regulären Berufsentgelts beträgt. Zusätzlich verlangt die Gewerkschaft eine spürbare, wirksame Entgelterhöhung von 3,8 Prozent für die Beschäftigten. Die geplante Laufzeit des Tarifvertrags soll dabei zwölf Monate nicht überschreiten. Darüber hinaus sollen Regelungen für Langzeitkonten vertraglich abgesichert werden, um langfristige Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen.

„Die vor den Tarif- und Sozialparteien gemeinsam liegende Tarifrunde 2025/2026 wird nicht trivial, sondern anspruchsvoll“, prognostiziert Mario Reiß. Die GDL ist jedoch davon überzeugt, dass es auch dieses Mal gelingen wird, mit den Arbeitgebern der Wettbewerbsbahnen auf dem Verhandlungswege zu einvernehmlichen Lösungen zu gelangen. Die Tarifverträge der unterschiedlichen Unternehmen laufen in drei wesentlichen Terminlagen aus. Nachdem die Tarifverträge fristgerecht durch die GDL gekündigt wurden, endete mit Ablauf des 30. Juni 2025 bei einer großen Zahl von Wettbewerbsbahnen die Friedenspflicht. Dazu gehören unter anderem die Unternehmen des NETINERA-, Transdev- und Arverio-Konzerns sowie die Personaldienstleister, mit denen die GDL Tarifverträge abgeschlossen hat.

Zum 31. August beziehungsweise zum 31. Oktober 2025 enden beispielsweise sowohl die Tarifverträge der BeNEX- und HLB-Gruppe als auch der Schienengüterverkehrsunternehmen. Nur bei der Deutschen Bahn, der Fair Train e.G. und der Saarbahn laufen die Tarifverträge noch bis zum 31. Dezember 2025.

Ein besonderer Fokus wird auch in dieser Tarifrunde auf der Auseinandersetzung mit der Deutschen Bahn liegen, wengleich die Verhandlungen mit dem Marktführer erst zum Jahresende aufgenommen werden. Hier erwarten Bahnkenner erneut eine schwere Auseinandersetzung, da die Bahn als einziges Unternehmen in Deutschland in vielen Betrieben des DB-Konzerns die GDL-Tarifverträge nicht anerkennt. Die GDL hat in den letzten Jahren ihren Einfluss und die Mitgliederstärke in den Betrieben der DB weiter ausgebaut und klagt in unzähligen Verfahren deutschlandweit gegen die missbräuchliche Anwendung des Tarifeinheitsgesetzes (TEG) durch die DB. Hintergrund ist

die branchenweit alleinige und willfährige Anwendung des politisch und rechtlich stark umstrittenen TEG durch den Konzern. Aus Sicht der GDL soll dadurch die Durchsetzungskraft der Gewerkschaft geschwächt und Tarifpluralität verhindert werden.

„Die Anwendung des TEG durch die Deutsche Bahn AG ist demnach ein Angriff auf die Tarifautonomie, dem wir uns weiterhin mit aller Entschlossenheit entgegenstellen werden“, so Reiß. „Wir werden nicht zulassen, dass dieser Arbeitgeber mithilfe des Tarifeinheitsgesetzes darüber entscheidet, welcher Tarifvertrag für unsere Mitglieder gilt.“

Namen und Nachrichten

Die Autobahn GmbH hat alle laufenden Ausschreibungen für 2025 gestoppt. Ein fatales Signal, unterstreicht der **dbb** Chef. „Das ist ein Irrsinn. So lässt sich der Betrieb nicht aufrechterhalten.“ Mit diesen Worten machte dbb Chef Volker Geyer gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unmissverständlich klar, was der dbb und seine betroffenen Fachgewerkschaften – VDStr., komba und BTB-GiS – davon hält, dass die Autobahn GmbH „von jetzt auf gleich alle laufenden Ausschreibungen für 2025 gestoppt hat. Das Vertrauen der Beschäftigten in ihren Arbeitgeber und der Bevölkerung in einen sicheren Straßenverkehr wird dadurch massiv beschädigt“, macht Geyer deutlich. Der Bundesfinanzminister spricht gerne bei jeder Gelegenheit davon, dass die „Bagger wieder rollen“ sollen, und Kanzler Merz wollte, dass die Bürger bis zum Sommer merken, dass es einen Kurswechsel in der Politik gegeben hat. Auch deshalb muss ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werden. Nach den derzeitigen Haushaltsplanungen fehlen im Rechnungskreis 1 (u.a. Betriebsdienst) bis 2029 mindestens 2,4 Milliarden Euro. „Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, in den Haushaltsberatungen massiv nachzubese-

sern. Ansonsten können weder der Autobahnbetrieb noch drängende Brückensanierungen oder der Streckenerhalt gesichert werden,“ stellt Geyer fest und fährt in aller Klarheit fort: „Die neue Regierung hat behauptet, in Wirtschaft und Infrastruktur investieren zu wollen. Mehr Wirtschaft und Infrastruktur – und übrigens auch Sicherheit – als den Bau und den Erhalt von Straßen und Brücken kann ich mir gar nicht vorstellen.“ „Interessant ist auch“, so Hermann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender der VDStr., „dass sich der zuständige Bundesverkehrsminister bisher ausschweigt. Vielleicht ist ihm als zuständigem Minister diese Verweigerung, unsere Infrastruktur zu bewahren und zu gestalten, auch einfach peinlich.“ Siebigtheroth macht auch klar, dass die Rasenmäher-Methode der Autobahn GmbH zeitnah zu Verwerfungen führen wird: „Das Jahr 2025 wird in Sachen Erhalt und Bauvorhaben ein verlorenes sein, aber es ist auch unfassbar, dass durch die nunmehrige Planung frei werdende Stellen nicht wieder besetzt werden können. Wenn das so kommt, lässt sich der Betrieb schon bald nicht mehr aufrechterhalten. Die Stimmung in den Betrieben ist entsprechend.“